



**Helmut Landsiedel**  
Fraktionsvorsitzender

**Christina Musculus-Stahnke**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
stv. Fraktionsvorsitzender

**Silke Jürgensen**  
Ratsfrau

## Presseinformation

Nr. 68/2010 Kiel, 20. Mai 2010

*Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!*

Aktionsbündnis gegen Kürzungspläne und für mehr Qualität im Kitabereich

### **Verzerrte Darstellungen**

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt die jugendpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Silke Jürgensen, zum Antrag „Beitritt Aktionsbündnis gegen Kürzungspläne und für mehr Qualität im Kitabereich“ (TOP 10.8):

„Die Kollegen der SPD, der Grünen und Frau Danker möchten, dass die Stadt Kiel dem Aktionsbündnis „gegen Kürzungspläne und für mehr Qualität im Kita Bereich“ beitrifft.

In der Begründung führt Rot-Grün Argumente an, die mich befürchten lassen, die Kooperation besäße die Gabe der Prophetie...

Ihre vermeintlichen Fakten sind schlichtweg in einem falschen Licht oder derart verzerrt dargestellt, dass diese in erster Linie den Eindruck der Verunsicherung bei Eltern, Erziehern und Erzieherinnen erwecken. Das halte ich für unredliches Taktieren.

1. Die Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“ startete am 01.08.2009 und ist befristet bis zum 31.07.2010. Die damalige Ministerin Frau Trauernicht wollte damals ein Überbrückungsinstrument schaffen, bis eine Neuberechnung der Regelsätze Hartz IV für Kinder in Kraft tritt. Der amtierende Minister Dr. Garg wird diese Initiative, diese Stiftung bis zum Ende des Jahres verlängern und dafür die entsprechenden Mittel bereitstellen. Wenn Sie also in Ihrem Antrag von einer Streichung sprechen und nicht darauf hinweisen, unter welchen Voraussetzungen diese Stiftung entstanden ist und geführt wurde, ist das pure Polemik.
2. Wenn Sie dann den Abbau von Kita-Standards anführen, die Veränderung der Gruppengrößen und des Personalschlüssels, so sind Sie auch hier nicht auf dem neusten Stand. Der Bildungsminister Dr. Klug hat keinen Zweifel daran gelassen, diese beizubehalten. Also wieder Panikmache – Verunsicherung!

3. Gut, das beitragsfreie, letzte Kita Jahr wird es aller Wahrscheinlichkeit zukünftig nicht mehr geben. Wir würden uns auch wünschen, dass es beibehalten werden könnte. Wir müssen uns aber auch vor Augen halten, wie es um die finanzielle Situation in unserem Land bestellt ist. Eine derartig katastrophale Situation in diesem Ausmaß, war vor 1 1/2 Jahren noch gar nicht vorhersehbar. Nun, vielleicht doch... Wir haben nicht nur eine große Verantwortung für die Bildung unserer Kinder, wir tragen eine genauso große Verantwortung dafür, den Schuldenberg nicht in Dimensionen anwachsen zu lassen, die den kommenden Generationen nur noch finanzielle Ausweglosigkeit vererbt. Und wenn wir dann zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Betreuungsquote der 5-jährigen kaum verbessert wurde, muss es erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob diese 35 Mio. € tatsächlich das geeignete Instrument waren, mehr Kinder diesen Alters in die Kitas zu bekommen. Klar, war es für die Eltern der betroffenen Kinder ein riesiges Geschenk und wenn es eine Chance gäbe, dies zu aufrecht zu erhalten, würden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen.
4. Der Anteil der Landesförderung wird, Sie haben es gestern vom MP gehört, auf 70 Mio. aufgestockt, dazu kommen noch zw. 2011 und 2013 zusätzliche 46 Mio. für die U-3 Investitionsförderung.

Also, das Aktionsbündnis setzt in erster Linie auf Panikmache und Verunsicherung. Es sollte mit ehrlicheren Aussagen agieren. Das wäre sicher auch im Interesse der bisherigen Unterzeichner.

Wir, die FDP Ratsfraktion, tragen die enormen Anstrengungen der Stadt Kiel zum Kita-Ausbau mit, wir sind stolz darauf, dass es auch in Zukunft eine Zunahme und Fortentwicklung des Betreuungsangebots geben wird, trotz der desaströsen finanziellen Situation unserer Stadt. Und, glauben Sie uns, auch für uns steht die frühkindliche Bildung mit an oberster Stelle und auch wir kämpfen für eine ausreichende Finanzierung.

Dennoch werden wir, die FDP-Ratsfraktion, dem Antrag aus den oben genannten Gründen nicht zustimmen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer